

IG Metall startet Kampagne - Arbeitgeberverband: Zeitarbeit ermöglicht Beschäftigungszuwachs

STUTTGART. Die IG Metall sagt der Leiharbeit den Kampf an. Mit einer Kampagne will sie ihre Betriebsräte und die Stammbeschäftigten im Südwesten für die Benachteiligung der Betroffenen sensibilisieren.

Von Matthias Schiermeyer - Stuttgarter Zeitung

Der Bereich der Leiharbeit erfährt vor allem in der Metall- und Elektroindustrie einen rasanten Aufschwung: Nach IG-Metall-Angaben sind dort unter Berücksichtigung der Fluktuation 260 000 Leiharbeiter beschäftigt. Ende Juni 2007 seien es noch 215 000 gewesen. Von den Betrieben mit Leiharbeit wies ein Drittel einen Leiharbeiteranteil von mehr als zehn Prozent auf, wie aus einer aktuellen Analyse hervorgeht.

Zum Auftakt der Kampagne kritisierte Gewerkschaftsvize Detlef Wetzel vor 150 Teilnehmern einer Aktionskonferenz, dass jede zweite von einem Leiharbeiter besetzte Stelle einen Stammbeschäftigten ersetze. Letztendlich wollten die Unternehmen über die Zeitarbeit einen Niedriglohnbereich schaffen und damit Druck auf die Stammbeschäftigten ausüben, sagte er. Denn wenn es ihnen nur um mehr Flexibilisierung ginge, könnten sie die Betroffenen auch auf gleichem Niveau bezahlen. Derartige Vereinbarungen, die den Grundsatz der gleichen Bezahlung (equal pay) und der gleichen Bedingungen (equal treatment) berücksichtigen, gibt es in relativ wenigen Unternehmen. "Wenn gleiche Arbeit gleich bezahlt wird, haben wir es leichter bei der Gestaltung von Leiharbeit", sagte Wetzel. Bis zu 40 Prozent beträgt die Differenz bei der Entlohnung im Vergleich mit den gültigen Tarifverträgen.

Insbesondere die Arbeitsmarktpolitik der früheren rot-grünen Bundesregierung und die günstige Wirtschaftskonjunktur hätten den Anstieg bei der Leiharbeit begünstigt. Nun soll der Druck auf den Gesetzgeber verstärkt werden, die 2004 beschlossenen Änderungen am Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zurückzunehmen und das "Equal pay"-Prinzip zu verankern. Daher will die Gewerkschaft die Kampagne mindestens bis zur Bundestagswahl 2009 fortsetzen und die Leiharbeit "zu einem mitentscheidenden Wahlkampfthema machen", wie Wetzel sagte. Bis jetzt sei die Union nicht bereit, "sich gegen die Ausbeutung von Leiharbeitern einzusetzen", zumal sie sich auch gegen die Aufnahme der Branche ins Entsendegesetz ausspreche. Dies wäre aber Voraussetzung, um den vom DGB vereinbarten Mindesttariflohn für allgemeinverbindlich zu erklären.

Der Metallarbeitgeberverband warnt die IG Metall jedoch davor, Zeitarbeit öffentlich zu diskreditieren und damit die mehr als 200 000 betroffenen Arbeitsplätze in der Industrie zu gefährden. Diese Branche sei professionell organisiert und biete exzellente Zukunftsaussichten. Auch habe die Zeitarbeit den starken Beschäftigungszuwachs ermöglicht: Von den 160 000 im Vorjahr geschaffenen Arbeitsplätzen sei ein Viertel auf Zeitarbeiter zurückzuführen.

"Zeitarbeit ist nachweislich die Brücke in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung", versichert Südwestmetall. Zwei von drei bei Zeitarbeitsunternehmen Beschäftigten seien zuvor arbeitslos gewesen. Zeitarbeit sei ein besonders wichtiges Ventil für ein Unternehmen, das bei einer Konjunkturabschwächung den Anteil fixer Kosten reduziere, die das rigide Arbeitsrecht mit verursache. Wer Zeitarbeit verhindere, erhöhe zudem das Risiko von Arbeitsplatzverlusten für Stammbeschäftigten, weil diese bei Konjunkturerinbrüchen besser geschützt seien.

Auch im Südwesten wächst der Bedarf: Waren es 1996 noch 19 000 Leiharbeiter, dürften es Ende 2007 nach Schätzungen der IG Metall gut 80 000 Leiharbeiter gewesen sein. Dieser Trend fordere die Gewerkschaft auch intern heraus, betonte Wetzel. Er forderte die Funktionäre zu mehr Eigeninitiative auf: "Es gibt viele Firmen, wo die Betriebsräte noch nie mit einem Leiharbeiter gesprochen haben." Das müsse sich ändern.